

Der Ministerpräsident als Wahlkämpfer

Eine Woche vor der Landratswahl: Günther Beckstein leistet Schützenhilfe für CSU-Kandidatin Deml

Wackersdorf. (am) Der Wahlkampf dominierte beim Besuch des Bayerischen Ministerpräsidenten. Vor über 350 Zuhörern sicherte Dr. Günther Beckstein (CSU) am Sonntag der CSU-Landratskandidatin Marianne Deml seine uneingeschränkte Unterstützung zu. Denn: „Wir brauchen ein Stück neuen Schwung hier in diesem Landkreis“, meinte er in seiner gut einstündigen Kundgebungsrede.

Die Jugendblaskapelle Wackersdorf-Steinberg spielte den Defiliermarsch, die Besucher hatten sich von ihren Plätzen erhoben und die CSU-Kreisstadtkandidaten klatschten auf der Bühne Beifall, als Bayerns Ministerpräsident am Abend die Sporthalle



Die Staatsregierung hat Wort gehalten, und eine große Anzahl an Arbeitsplätzen ist hier entstanden.

Dr. Günther Beckstein (CSU), Bayerischer Ministerpräsident

betrat. In ihrer Begrüßungsansprache blickte CSU-Kreisvorsitzende Marianne Deml zurück auf das Jahr 1983, in dem sie Günther Beckstein, dem damaligen Vorsitzenden des Sicherheitsausschusses des Landtags, erstmals in Wackersdorf „eindrucksvoll begegnet“ sei. In dieser schwierigen Zeit sei die Staatsregierung zu Wackersdorf gestanden, als sie den WAA-Ausgleich zusicherte und verwirklichte. „Wenn es nach der SPD gegangen wäre, hätte man auf dem Gelände einen Kartoffelacker angelegt oder es wieder aufgeforstet“, gestattete sich die Rednerin einen politischen Seitenhieb, bevor sie dem Freistaat Bayern für die „kraftvolle Unterstützung“ bei der Schaffung des Innovationsparkes dankte.

Schub für die Oberpfalz

Nachdem sie ihr Wahlprogramm kurz skizziert und der CSU-Ortsvorsitzende Thomas Falter ein Grußwort gesprochen hatte, trat Beckstein ans Rednermikrofon. Auch er blendete nochmals zurück in die Zeit nach dem WAA-Aus: „Die Staatsregierung hat Wort gehalten, und eine große Anzahl an Arbeitsplätzen ist hier entstanden“. Der Landkreis Schwandorf habe da einen erfolgreichen Weg eingeschlagen, „den wir nun weiter beschreiten müssen“. Die Bayerische Staatsregierung wolle ihn begleiten, dafür sei die mitanwesende und im Landkreis wohnende Wirtschaftsministerin Emilia Müller ja quasi eine Art „Faustpfand“. Marianne Deml, die er schon seit Jahrzehnten kenne, bescheinigte er ein sehr gutes Wahlprogramm. Es lasse sofort erkennen, dass von ihr gute Ideen und Initiativen ausgingen.

Im weiteren Verlauf seiner Rede versicherte der Ministerpräsident, in der momentan wirtschaftlich guten



Bei seinem Besuch in Wackersdorf bekam Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein (rechts) Geschenke von der CSU-Kreisvorsitzenden Marianne Deml ebenso überreicht wie von Thomas Falter, Armin Mückl und Christian Hutterer (von links) vom CSU-Ortsverband. Bilder: Götz (3)

Zeit alle Chancen nutzen zu wollen, um in der Oberpfalz neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dafür sei die regionale Wirtschaftsförderung eigens aufgestockt worden. Er trat ein für gleichwertige Lebensbedingungen im ländlichen Raum, hielt die Landwirtschaft dabei für unverzichtbar und versprach, die Schule im Dorf belassen zu wollen. Er sprach sich für eine mittelstandsfreundliche Politik aus, bevor er alle Kommunen, die Probleme mit der Bereitstellung einer „Datenautobahn“ haben, an die Wirtschaftsministerin verwies: Sie werde für Abhilfe sorgen.

Ferner kündigte er an, das Betreuungsgeld im Gesetz zum Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen festzuschreiben und Ausländerkinder im Kindergarten so fördern zu wollen, dass sie zum Schulanfang deutsch sprechen. Er forderte von Zuzieh-

den die Bereitschaft zu Integration, denn schließlich werde ja niemand gezwungen nach Deutschland zu kommen. Wer die „Leitkultur in unserer ausländerfreundlichen Gesellschaft“ jedoch nicht beachte, besitze ja jederzeit die Chance, das Land wieder zu verlassen. „Ich bin da auch bereit ein bisschen nachzuhelfen“, sagte Beckstein unter Beifall.

Kritik an SPD und „Linken“

Schließlich hielt er es für angebracht, in Ostbayern – wegen des Wegfalls der Grenzkontrollen – eine hohe Polizeidichte zu belassen. Am Ende bezeichnete er es als ärgerlich, dass ausgerechnet die „Linken“, die einst die DDR in den Graben gefahren hätten, nun mit Hilfe der SPD den Anspruch erheben würden, in Koalitionen über die Zukunft der Bundesrepublik mitzuentcheiden.